

Arbeitspapier zur Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur der Oberlausitz

Vor dem Hintergrund des Beschlusses des Deutschen Bundestages (BT- Drucksache 14/8605, vgl. Auszüge in der Anlage) unterbreiten wir dieses Arbeitspapier.

Motiviert sind unsere Aktivitäten von der Sorge um die wirtschaftliche und politische Situation unserer Region, die wir lieben, denn sie ist unsere Heimat. Seit vielen Jahren stagniert die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit erreicht unverändert deutsche Spitzenwerte und die Abwanderung besonders junger Leute nimmt beängstigende Formen an. Verärgerung und Besorgnis erregen auch die Wirkungen des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes einerseits und in den Sand gesetzte Projekte, die immense Mittel verschlungen haben (z. B. unwirtschaftliche, gleichzeitig überteuerte Abwasserklärereinrichtungen, überzogene Gewerbegebiete, Biokraftwerk Zittau, Textilveredlung Zittau TGZ, Zuckerfabrik Löbau - produziert nur so lange die Fördermittelbindung besteht- , „Perlenkette Neiße" u.v.m.), andererseits. Darüber können auch einzelne erfolgreiche Unternehmen wie MBNeugersdorf oder SSL Eibau nicht hinwegtäuschen.

Statt Konzepte zu entwickeln und aktiv umzusetzen, orientiert sich die Politik weiterhin einseitig auf die trügerische Hoffnung, eine neue Straße würde auf wundersame Weise alle Probleme lösen und vertröstet Unternehmer und Bewohner im Hinblick darauf mit rosigen Aussichten.

Wir maßen uns nicht an, Patentrezepte zu besitzen. Wir sehen aber Stagnation, Untätigkeit und Konzeptionslosigkeit und vermissen konstruktives, aktives Handeln, das wir sowohl von den gewählten Volksvertretern als auch den Verantwortungsträgern fordern. Wir sind nach wie vor bereit, aktiv und konstruktiv mitzuarbeiten.

Wir erkennen besondere Potenzen der Regionalen Wirtschaft/mittelständischen Unternehmen auf folgenden Gebieten:

- verarbeitendes Gewerbe
- Landwirtschaft
- Dienstleistung
- Tourismus und Beherbergungsgewerbe
- Entwicklung, Herstellung und Veredlung technischer Textilien
- Entwicklung der Technologien und Herstellung der Systeme zur innovativen regenerativen
- Energiegewinnung

Diese Wirtschaftszweige funktionieren mit dem Engagement der Menschen in kleinen Einheiten des Mittelstandes, ohne bedeutende Ballungen und auch ohne Massentransporte. Sie benötigen aber eine integrative Verkehrsinfrastruktur, bei der die Vernetzung der Standorte besondere Relevanz besitzt.

Deshalb fordern wir den modernen, planmäßigen, vernünftigen, sparsamen und ökologisch verträglichen Ausbau des Verkehrsnetzes der Region. Dieses Netz muß flächendeckend Gemeinden, Gewerbegebiete, Kulturstätten, Ausflugsziele etc. bedienen und bequem erreichbar machen.

Eine abgesperrte Transitstraße kann die genannten Aufgaben nicht erfüllen. Sie würde nicht zum Nutzen der Region, sondern unter Nutzung der Region funktionieren.

Die Opfer, die der Neubau erfordern würde, bis hin zu der Konsequenz, daß unsere Landschaft nicht mehr wieder zu erkennen wäre und die Landwirtschaft als einer der wenigen funktionierenden Wirtschaftszweige der Region empfindlich geschädigt würde, haben wir hinreichend dargestellt.

Angesichts knapper Kassen und extremer Sparzwänge, sogar solcher, die bereits an die Substanz sicher geglaubter Errungenschaften gehen, wie Gesundheit, Bildung, Familie und Kultur, müssen wir uns von überzogenen Gigantismusprojekten verabschieden. Stattdessen das Machbare machen und die Effektivität unseres Einsatzes sichern.

Deshalb unterbreiten wir Vorschläge, die Schritt für Schritt, dabei planmäßig verwirklicht werden können, deren einzelne Teile bereits spürbar Wirkung erzielen, dabei in der Integration aller Maßnahmen überzeugende Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur nach sich ziehen werden. Sie können ohne großen Planungsaufwand in Angriff genommen werden und uns alsbaldig Nutzen bringen. Sie würden nicht den Widerstand der Landwirte und der Bewohner hervorrufen, sondern breite Zustimmung erfahren:

- Ausbau der B 178 durch sofortige Entschärfung der Unfallschwerpunkte und weitergehend Bau der Umfahrung Herrnhuts, Anbau von dritten und vierten Fahrspuren, Anschluß an die vorhandenen Umfahrungen Löbaus und Zittaus.
- Erarbeitung und Umsetzung integrativer Verkehrskonzepte der Städte Löbau und Zittau
- Ausbau der Verbindungen Weißenberg - Kittlitz- Löbau mit Umfahrung Kittlitz sowie Weißenberg- Reichenbach- Bernstadt- Zittau und Verzicht auf den geplanten Neubau der Straße Weißenberg- Löbau (der ebensolche Opfer forderte, wie der Löbau- Zittau).
- Verbesserung der Verbindung zur B 96 und GÜST Neugersdorf von Löbau über die S 148, besonders am Kottmarsdorfer Berg
- Ausbau der B 99 und der B 96 in der Weise, wie bei B 178 beschrieben, aber unter Beachtung spezifischen Besonderheiten und Möglichkeiten.
- Verbesserung der Durchlaßfähigkeit der B 6 Bautzen - Löbau - Reichenbach zur Beschleunigung der Verbindung nach Dresden und weiter sowie zur Entlastung der B 96
- Ausbau wichtiger Ortsverbindungen, wie z.B. Bernstadt- B 99,
- Ausbau des Radwegenetzes, darunter z. T. Neubau wichtiger Abschnitte.
- Verhinderung weiteren Rückbaus am Eisenbahnnetz.
- Installation einer Huckepacklinie für Schwerverkehr (Rollende Landstraße) Liberec - Löbau oder - Bautzen bei Bedarf.
- Installation und Förderung eines Sammeltaxisystems zur Übernahme unattraktiver und unrentabler ÖPNV-Linien.

Wir erwarten, daß unsere Vorschläge nach ernsthafter Prüfung umgesetzt werden, zumal sie von der Sorge um die Zukunft unserer Region motiviert sind und die Unterstützung des höchsten Organs unserer Demokratie genießen.

Anlage:

Auszüge aus dem Schreiben des Deutschen Bundestages vom 22.03.2002 (BT- Drucksache 14/8605)

„An die Bürgerinitiativen...“

„...der Deutsche Bundestag hat Ihre Petition beraten und am 21.03.2002 beschlossen:

Die Petition der Bundesregierung - dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen als Material zu überweisen.

Begründung

Mit ihrer Eingabe bitten die Petenten, Mitglieder einer Bürgerinitiative, darum, den Ausbau der alten B 178 mit Umfahrung der Stadt Herrnhut zu verwirklichen und von der Trassenführung für die geplante neue Trasse abzusehen.

Sie sind der Auffassung, dass die neue Trasse unnötige Steuermittel verschlinge, eine einmalige Hügel- und Waldlandschaft sowie wichtige Biotope zerstören sowie die Wohn- und Lebensqualität von sehr vielen Menschen verschlechtern würde. Der umfassende Ausbau der alten B 178 mit Umfahrung der Stadt Herrnhut erreiche die gleiche Verkehrsanbindung wie die geplante neue B 178, sei aber entschieden billiger und schneller zu verwirklichen und schone die Umwelt und die Menschen.

Der Petitionsausschuss ist der Auffassung, dass sich das Fachministerium noch einmal mit den Argumenten der Petenten auseinandersetzen sollte. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass ihre geäußerten Bedenken ernst genommen werden, zumal es hier auch um ihre Steuergelder geht. Zwar besteht für die Petenten im Planfeststellungsverfahren die Möglichkeit, ihre Argumente vorzutragen. Allerdings ist dann die Entscheidung über die grundsätzliche Trassenführung - und damit über die Frage, ob dem Ausbau der alten B 178 oder dem Neubauvorhaben B 178 der Vorzug zu geben ist - bereits gefällt.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss, die Petition der Bundesregierung — dem BMVBW — als Material zu überweisen, damit die von den Petenten vorgetragenen Gesichtspunkte besonders sorgfältig in den anstehenden Prüfungsprozess einbezogen werden.

Der Petitionsausschuß bittet das BMVBW darum, seine Prüfung und Entscheidung über den Vorentwurf nicht abzuschließen, bevor nicht das Petitionsverfahren beendet ist."